

Konflikte vorprogrammiert

„Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt gegen Flüchtlinge, Polizei und Rettungskräfte“

Sabine Berninger, Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, und Steffen Dittes, Sprecher für Innenpolitik der Linksfraktion, hatten eine schnelle Aufklärung der Vorkommnisse in Suhl (19./20.8.) und humanitäre Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge gefordert. „Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt gegen Flüchtlinge, Polizeibeamte und Rettungskräfte, jedoch darf die Versorgung und Unterbringung in der Erstaufnahmeeinrichtung nicht außer Acht gelassen werden“, so Steffen Dittes. Es sei dem Handeln von Polizei und Rettungskräften zu verdanken, dass eine weitere Eskalation und damit eine Gefährdung Dritter schnell ausgeschlossen war.

Sabine Berninger sieht die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen als begünstigend für auftretende Konflikte zwischen den Bewohnern. „Es fehlt in derartigen Einrichtungen an Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten für die Flüchtlinge, soziale und religiöse Konflikte sind vorprogrammiert und verständlich, gerade wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit teils traumatischen Fluchterfahrungen und ungewisser Perspektive auf engstem Raum zusammen wohnen müssen. Die sozialen und Sicherheitsdienste sind mit der Lage überfordert und können keine kontinuierliche, sichere Betreuung der Flüchtlinge gewährleisten“, so die Abgeordnete. Die Einrichtung in Suhl ist für 1200 Flüchtlinge ausgelegt, jedoch wohnen derzeit um die 1700 Flüchtlinge provisorisch dort.

Es muss eine humanitäre Wohnsituation geschaffen werden, sodass diese Brennpunkte möglichst verringert oder vermieden können. „Die Inbetriebnahme der Einrichtung in Mühlhausen und das Ausweichen auf Ohrdruf sind ein Anfang. Es braucht aber weitere Standorte und möglicherweise auch bisher unkonventioneller Unterbringungsmöglichkeiten. Dezentrale Unterbringung, auch eine Öffnung des Wohnungsmarktes oder private Hilfe

z.B. durch bereits hier lebende Verwandte der neu ankommenden Flüchtlinge, könnten mögliche Varianten sein, die derzeitige Situation zu entlasten“, erläuterte Sabine Berninger.

Steffen Dittes sagte, dass die Polizei- und Sicherheitskräfte in den Bereichen der interkulturellen und interreligiösen Kompetenzen weitergebildet werden müssen, um bei Konfliktsituation deeskalierend wirken zu können. „Menschen fliehen auf Grund der Bedrohung um Leib und Leben aus ihren Herkunftsländern. Es wäre fatal, Abschiebungen als Element des Strafrechts zu implizieren. Thüringen sowie die Bundesrepublik haben eine gesetzliche Verpflichtung und eine humanitä-

ben der Regierungskoalition sowie Vorstellungen der Linksfraktion in diesem Themenfeld berichtet.

Es sei wichtig, mit den Polizeibeamten vor Ort zu reden, zumal sich die Koalitionsfraktionen auf eine Überprüfung und Fortsetzung der im Jahr 2012 vollzogenen Polizeistrukturreform in Thüringen verständigt haben, betonte der Abgeordnete, der auch Vorsitzender des Innenausschusses im Landtag ist. Er sei bei seiner Sommertour auf große Offenheit gestoßen. Nun müssten „ehrliche Entscheidungen getroffen werden“, denn „ein Schwebezustand ist nicht zufriedenstellend“. So werde seit Jahren über die Entlastung von polizeifremden Aufgaben ge-



Pressegespräch am 20. August mit Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, und Dr. Stefan Wogawa, Pressesprecher der Fraktion.

Foto: Peter Lahn

re Verantwortung. Asyl ist ein Grundrecht, das jedem Menschen bis zur endgültigen Prüfung und Entscheidung zusteht“, so Steffen Dittes. Beide Abgeordnete verwiesen darauf, dass sich die CDU konstruktiv an einer Lösung der aktuellen Problemlage beteiligen und für eine stärkere Willkommenskultur einsetzen solle.

Nach der Sommertour bei Polizeieinrichtungen

Vor dem Hintergrund seiner Sommertour bei verschiedenen Einrichtungen der Thüringer Polizei hatte Steffen Dittes in einem Pressegespräch am 20. August über innenpolitische Vorha-

redet, „wir müssen die Diskussion beenden und es entscheiden“. Aus den Gesprächen habe er auch eine Unzufriedenheit der Beamten zu ihren Entwicklungsperspektiven mitgenommen. Zwar habe die Landesregierung Beförderungen nachgeholt, „aber der Beförderungstau ist noch nicht aufgelöst“.

Natürlich müsse die Polizeistrukturreform, zu deren Evaluation jetzt auch eine Expertenkommission gebildet wurde, nicht zuletzt in Einklang gebracht werden mit der in Thüringen anstehenden Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform. „Die Polizei muss handlungsfähig sein und flächendeckend vor Ort, um Gefahrensituationen begegnen zu können.“

VON A BIS Z:

Fachausschüsse

Die Aufgaben und Themenbereiche, die der Landtag zu bewältigen hat, sind so umfangreich und vielfältig, dass das Plenum als Ganzes sich nicht mit jeder Einzelfrage befassen kann. Vor diesem Hintergrund besteht die Hauptaufgabe der zehn Fachausschüsse darin, über die vom Plenum überwiesenen Vorlagen, also Gesetzentwürfe und sonstige Anträge, sehr genau zu beraten. Die Ausschüsse haben die Aufgabe, dem Landtag bestimmte Beschlüsse zu empfehlen, die dann im Plenum zur Debatte und zur Abstimmung gestellt werden. Oft führen sie Anhörungen von Sachverständigen und Interessenvertretern durch. Darüber hinaus nehmen sie gegenüber der Landesregierung eine wichtige Kontrollfunktion wahr. Regierungsmitglieder sind verpflichtet, den Ausschüssen Rede und Antwort zu stehen.

Die Abgeordneten arbeiten auch in weiteren Gremien und Kommissionen. Dazu gehören der Vorstand und der Ältestenrat. Untersuchungsausschüsse, die schon von einem Fünftel der Abgeordneten ins Leben gerufen werden können, haben die Aufgabe, Sachverhalte zu untersuchen, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt. Enquetekommissionen bereiten Entscheidungen über besonders umfangreiche und bedeutsame Sachverhalte vor. Mit speziellen rechtlichen Fragen befassen sich die G10-Kommission, die Parlamentarischen Kontrollkommission (ParlKK) und der Wahlprüfungsausschuss.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Nach der Sondersitzung des Thüringer Landtags vom 24. August sind planmäßig folgende Plenarsitzungstermine bis zum Jahresende, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, anberaumt: 9. bis 11. September, 30. September bis 2. Oktober, 4. bis 6. November, 25. bis 27. November sowie 16. bis 18. Dezember.

Bei Interesse an Teilnahme an einer Landtagssitzung bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:
www.die-linke-thl.de

Geburten

Im Jahr 2014 wurden in Thüringen 17 887 Geburten und 26 957 Sterbefälle registriert. Das sind 461 Geburten mehr (2,6 Prozent) und 636 Sterbefälle weniger (2,3 Prozent) im Vergleich zum Jahr 2013. Wie das Landesamt für Statistik mitteilt, wurden in Thüringen so viele Kinder geboren wie seit 1991 nicht mehr.

Die ansteigende Zahl an Geburten bei gleichzeitigem Rückgang an Sterbefällen führte im Jahr 2014 zu einer leichten Verminderung des sogenannten Geburtendefizits in Thüringen. Dieses lag mit 9 070 Personen um 1 097 Personen niedriger als noch 2013. Damit wurde der Trend des wachsenden Geburtendefizits, welcher seit 2010 erkennbar war, gestoppt.

Schwerbehinderte

Anlässlich der Arbeitsmarktzahlen vom Juli hatte die Thüringer Arbeits- und Sozialministerin, Heike Werner (DIE LINKE) auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderung hingewiesen. „Im Freistaat sind 7,5 Prozent aller Arbeitslosen schwerbehindert. Das ist mehr als im Bundesdurchschnitt und deutlich mehr im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern. Die Thüringer Unternehmen müssen sich stärker engagieren, um diese ungenutzten Potentiale zu heben und dauerhaft so viele Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen wie möglich. Das ist auch ein wichtiger Baustein, um hierzulande den Fachkräftebedarf langfristig zu decken.“

DDR-Geschiedene

Nach einer Gesprächsrunde mit Mitgliedern des „Vereins der in der DDR geschiedenen Frauen e.V.“ kritisierte MdL Karola Stange: „Auch 25 Jahre nach dem Ende der DDR weigert sich die Bundesregierung, eine Lösung für die Probleme der nach DDR-Recht geschiedenen Frauen zu finden. Viele von ihnen müssen von einer kargen Altersrente leben, obwohl sie zu Zeiten der DDR mit einer ausreichenden Altersrente rechnen konnten.“ Erst Anfang Juli hat der Bundestag eine Sammelpetition von rund 75.000 Petenten abgelehnt, die auch darauf gerichtet war, Regelungen für einen rentenrechtlichen Nachteilsausgleich für nach DDR-Recht geschiedene Frauen zu beschließen.